

## B e r i c h t

des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten  
über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 22. Oktober  
1969, betreffend ein Bundesgesetz über die Förderung der Ver-  
besserung von Klein- und Mittelwohnungen (Wohnungsver-  
besserungsgesetz)

Mit dem vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates soll die Modernisierung und Sanierung erhaltungswürdiger Alt-  
wohnungen, für die die Baugenehmigung vor dem 1.7.1948 er-  
teilt worden ist, gefördert werden. Die Förderung erfolgt  
durch Gewährung von Annuitätenzuschüssen zur Tilgung von  
Darlehen, die für Verbesserungszwecke aufgenommen wurden. Die  
hiefür notwendigen Beträge sollen je zu einem Drittel vom  
Bund, aus Rückflüssen von gewährten Darlehen des Bundes-  
Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds  
sowie von den Ländern aufgebracht werden. Für die Durchführung  
der Förderungsmaßnahmen werden die Länder zuständig sein.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten hat  
die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 25.  
November 1969 in Verhandlung genommen und einstimmig be-  
schlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu  
erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß  
für wirtschaftliche Angelegenheiten den Antrag, der Bundes-  
rat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 22.  
Oktober 1969, betreffend ein Bundesgesetz über die Förderung  
der Verbesserung von Klein- und Mittelwohnungen (Wohnungs-  
verbesserungsgesetz), wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 25. November 1969

Dr. P a u l i t s c h  
Berichterstatter

Dr. I r o  
Obmann